

Zentralblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Zentralblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Volk und Welt“, als die Publikations-Organ der Genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. amtl. Organ vertrieb. Verleger: Schriftleitung: Dr. Wäckerle & Verleger-Gesellschaft Nr. 246/5, 246/7, 246/8. Verlegerische Aufsicht: Verleger: Dr. Wäckerle & Verleger-Gesellschaft Nr. 246/5, 246/7, 246/8. Verlegerische Aufsicht: Dr. Wäckerle & Verleger-Gesellschaft Nr. 246/5, 246/7, 246/8.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,20 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,20 RM. für Abnehmer außerhalb 0,20 RM. Belegpreis 2,20 RM. durch Postboten gesammelt 2,70 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,60 RM. — Einzelheft 12 Pf. im Einzelnen und 60 Pf. im Belegheft der Württemberg. Hauptvertriebsstelle: Dr. Wäckerle & Verleger-Gesellschaft Nr. 246/5, 246/7, 246/8. Verlegerische Aufsicht: Dr. Wäckerle & Verleger-Gesellschaft Nr. 246/5, 246/7, 246/8.

Zodestrafen gefallen. Eine Mehrheit im Reichstag.

Im Strafrechtsausschuss des Reichstages brachte dessen Vorsitzender Abg. R. a. H. (Dsp.) am Freitag einen Antrag ein, der in seiner Auswirkung auf die Abschaffung der Todesstrafe hinausläuft. Der Antrag lautet:

„§ 245 soll folgende Fassung erhalten: „Wer einen anderen tötet und die Tat mit Uebeltätigkeit ansetzt, wird mit lebenslangem Zuchthaus bestraft.“ Art. 246 a soll eingefügt werden: „Ein wegen Mordes zu lebenslangem Zuchthaus verurteilter ist im Falle einer Begünstigung in die Freiheit zu setzen.“ Die Befreiung von Uebeltätigkeit soll die Befreiung von der Todesstrafe darstellen, wenn durch sie die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet wird; das Gericht hat hierüber nach Ablauf von drei Jahren und je vor Ablauf von drei weiteren Jahren zu entscheiden. Bei der Entscheidung kann das Gericht dem Entlassenen einen Aufenthalt anweisen, ihm besondere Pflichten auferlegen oder ihn unter Aufsicht stellen. Das Gericht kann die Entlassung aus der Todesstrafe zurückrufen, wenn der Entlassene von dem Gericht getroffenen Anordnungen gänzlich ungewissenhandelt.“

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärte, daß von der Annahme des Antrages wohl das Zustandekommen einer klaren Mehrheit gegen die Todesstrafe im Reichstag abhängt, werde die Sozialdemokratie für diesen Antrag stimmen.

Kommunistischer „Drobalarm“.

Berlin, 27. April. (Radiobeilage.)

Am Freitagabend ist es in Berlin in verschiedenen Stadtteilen wiederum zu Heftigkeiten und Zusammenstößen zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei gekommen. Es scheint sich bei diesen kommunistischen Kundgebungen um planmäßige Aktionen zur Vorbereitung der zum 1. Mai angeführten Auseinandersetzungen mit der Polizei zu handeln. Man spricht selbst in kommunistischen Kreisen von einer „Drobalarm“-Kampagne. Am Freitag hatten 21 Personen, die zum größten Teil nicht einmal das 16. Lebensjahr erreicht hatten, im Verlauf dieses „Drobalarms“ den Weg zur Polizeiwache anzutreten.

Am Freitagabend kam es in Berlin auch zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und der Polizei. Einige Nationalsozialisten, die den Anordnungen der Polizei nicht Folge leisteten, wurden vorübergehend festgenommen.

Munition im Konsumverein? Wozu Kommunisten die Genossenschaft mißbrauchen.

Chemnitz, 27. April. (Radiobeilage.)

In den Räumen des völlig unter kommunistischem Einfluß stehenden Konsumvereins in Chemnitz wurde am Freitag eine große Menge Munition für Rasenmäher ausgepackt und beschlagnahmt worden.

Die Meldung der bürgerlichen Presse, daß der Konsumverein in Chemnitz unter sozialdemokratischer Führung stehe, ist aus den Dingen selbsten.

Hugenbergs gestörtes Ferialglück. Großer Kampf bei den Deutschen Nationalen.

Hugenberg, der sich seit zwei Wochen in Sagan (Deutschl.) befindet, ist dem Reich zum Antrittsbefehl befohlen, da seine Ferialen wegen der unzureichenden Auseinandersetzungen innerhalb der Deutschen Nationalen Partei abgebrochen. Die Auseinandersetzungen sind bereits so weit gediehen, daß sich auch maßgebende deutschnationale Blätter öffentlich gegen Hugenbergs Ferialen äußern. Vor allem aber ist ein Streit innerhalb der deutschnationalen Reichsorganisationen zwischen den gemäßigten Elementen und dem Flügel um Rang ausgebrochen.

Kompromissbemühungen der Sachverständigen Pariser Unterhaltungen

Die Einigungsversuche über Dauer und Höhe der deutschen Jahreszahlungen werden fortgesetzt

Paris, 27. April. (Radiobeilage.)

Während die Sitzung des Reaktionsausschusses der Sachverständigenkonferenz am Freitag verläuft werden mußte, wurden die privaten Verhandlungen zwischen Reichspräsident Dr. Schaubert und dem Vorsitzenden der Sachverständigenkonferenz, Owen Young, heute fortgesetzt. Die Pariser Presse glaubt zu wissen, daß in diesen Verhandlungen am Freitag eine weitere Entspannung erzielt worden sei. Es hätten sich gewisse Anzeichen für eine Einigung im Juliestritt bemerkbar gemacht. Worauf sich dieser Optimismus stützt, ist nicht recht ersichtlich, zumal einzelne Mitteilungen über diese Unterhaltungen gemacht worden sind. Auch für die Montagssitzung des Reaktionsausschusses ist noch keine Entscheidung zu erwarten, da Reichspräsident Dr. Schaubert am gleichen Tage zu einer Sitzung des Reichspräsidenten nach Berlin abreisen muß.

Paris, 26. April. (Wg. Drahtbericht.)

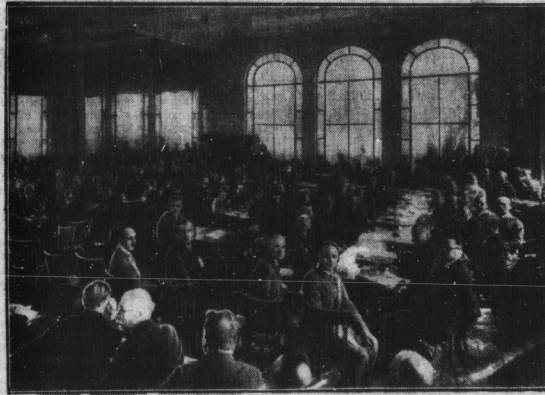
Die am Donnerstag in Paris eröffnete Pressekampagne ist überaus schnell zum Still-

stand gekommen, und nur noch einige nationalpolitische Organe, die ihre Artikel am Donnerstag nicht bereit hatten, bringen sie am Freitag noch an. Man scheint sich demnach selbst davon Rechenschaft abgeben zu haben, daß eine systematische Förderung des deutschen Kreditwesens im französischen Interesse liegen kann.

Die Sachverständigenkonferenz kann nach diesem wenig erfreulichen Intermezzo die Arbeit der Abfassung ihres Berichts wieder in ruhiger Atmosphäre weiter verfolgen. Am Freitag hielten die Sekretäre der sieben Delegationen, die im Reaktionskomitee vertreten sind, eine Sitzung zur Begrüßung und Überprüfung der ausgearbeiteten Texte ab.

Inzwischen werden unter den Kuffeln die Versuche einer Einigung über die Frage der Dauer und Höhe der deutschen Jahreszahlungen fortgesetzt, deren Erfolgsaussichten aber nach wie vor äußerst gering zu beurteilen sind. Auf deutscher Seite bemüht sich besonders Dr. Meißner um sein Spitzgeschäft.

Angst vor der eigenen Courage



Die vorbereitende Abrüstungskonferenz in Genf, deren Vollziehung unser Bild zeigt, hat den Antrag des deutschen Vertreters, Graf Bernstorff, auf Verbot des Bombenabwurfes aus der Luft abgelehnt. Durch die Erklärungen des amerikanischen Vertreters Wilson scheint die Arbeit der Abrüstungskonferenz etwas aktueller geworden zu sein.

Gesler wird Vazifist.

Paris, 27. April. (Radiobeilage.)

In einem an das „Ceuvre“ gerichteten ausführlichen Schreiben betont der ehemalige Reichswehrminister Gesler, daß Deutschland keine Bewand wolle. Alle politischen Parteien, die bei den letzten Wahlen Fortschritte erzielt hätten und die daher besser als alle Bündnisse und Vereinigungen der Volkswellen widerstünden, wünschten nichts als den Frieden. Damit aber die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland wieder möglich werde, müßte die Ungleichheit zwischen Sieger und Besiegten aufgehoben werden.

Man muß sich fragen, warum Gesler diese Erkenntnisse von der Rolle der Bündnisse und Vereinigungen nicht schon früher gemeldet hat. Denn in seiner Ministerzeitigkeit hielt er doch allzu wohlwollend seine Hände über die „Vereinigungen“.

Österreichs neuer Kanzler.

Wien, 27. April. (Wg. Drahtbericht.)

Die sozialistische Fraktion des Nationalrats hat jetzt den Abg. Streeruwitz als Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers in Aussicht genommen. Streeruwitz ist Vizepräsident des Hauptverbandes der Industrie und Fabrikbesitzer. Er hat sich mit anderen Industriellen auf der christlich-sozialen Seite zum Nationalrat zugelassen durch die Berechtigung eines größeren Betrags eingetauscht.

Das Aufräumen in Mexiko.

Die Regierung, die sich vollkommen Herr der Lage fühlt, glänzt die letzten Akte der Aufständebewegung im Verlauf der kommenden Woche vornehmen zu können. Gestern wird zuerst nur noch in der Provinz Sonora, wo sich die Rebellen ebenfalls in der Auflösung befinden und ihre Zielungen fluchtartig verlassen haben.

Programm der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen.

Von Frh. Schwahn (Reichstg.).

Ende März veröffentlichte die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft ein Programm, das sie der Reichsregierung einreichten. Dieses Programm ist zunächst in der Hinsicht beutend, daß auch die Verbände, die im teilweisen Gegenzug zum Reichslandbundes stehen, sich hinter dieses Programm gestellt haben. (Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, die Deutsche Bauernschaft.) Das bedeutet, daß unbeschadet der Differenzen zwischen Klein-, Mittel- und Großgrundbesitz in den grundlegenden Fragen eine Einheitsfront vorhanden ist. Für die Einstellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft darf diese Erkenntnis nicht ohne Bedeutung bleiben.

Nach der Denkschrift des Landeshauptmanns Südbayer „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit“ verteilt sich die erwerbstätige Bevölkerung in der Provinz Sachsen wie folgt:

- Land- und Forstwirtschaft 23,5 Proz.
- Industrie und Handwerk 42,2 Proz.
- Handel und Verkehr 16,0 Proz.

Nicht man in Betracht, daß der gesamte Osten unserer Reichs- fast ausschließlich von der Landwirtschaft beherrscht wird, so kann man annehmen, daß die angeführten Prozentzahlen vielleicht sogar noch zugunsten der Landwirtschaft heraufgehoben werden könnten. Angesichts dieser Tatsache erweist es sich als berechtigt, sich einmal etwas eingehender mit dem erwähnten Programm zu beschäftigen. Dabei soll auch auf das Agrarprogramm der sozialdemokratischen Partei Bezug genommen werden.

Seit jeher hat die Landwirtschaft den Ruf nach einem ausreichenden Zollschutz erhoben. Es wird niemand verwundern, daß er auch in diesem Programm wieder ertönt. Eine Reihe von Zollbefreiungen wird verlangt: für Getreide und Mehl, landwirtschaftliche Düngemittel und Wein, Eier, Kartoffeln und milchwirtschaftliche Produkte. Die Erfahrung hat gezeigt, daß auch unter einem starken Zollschutz die Landwirtschaft nicht das für die Beförderung ihrer Lage zu erreichen vermag, was sie erhofft. Es muß deshalb immer wieder auf den Weg verwiesen werden, der im Agrarprogramm der SPD. vorgezeichnet ist. An Stelle der Zollbefreiung ist ein Reichsmonopol für die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide und Mühlenprodukten zu schaffen. Dadurch wird, wie es im Kommentar zum Agrarprogramm heißt, „an die Stelle der von spekulativem Gewinnstreben geleiteten Ein- und Ausfuhr des privaten Handels die planmäßige Bedürfnisdeckung durch die öffentliche Hand“ gesetzt. Da die Wirkung des Monopols darin besteht, die Preisuntergrenzen des Weltmarktes auszugleichen, wird in gleicher Weise den Produzenten wie den Konsumenten geholfen.

Einen Schritt auf diesem Wege scheinen auch die Spitzenorganisationen gehen zu wollen. Sie fordern „Schaffung einer stabilen Preisbildung“, wofür die grundlegenden Bestimmungen durch ein Reichsgesetz zu erlassen seien. Es soll ferner ein Reichsgesetz erlassen werden, dem auch die Verbrauchergesetzgebung angehören soll. (Wahrscheinlich schneidet den Reichsfasern eine ähnliche Einrichtung wie der Reichsfolienrat vor.) Daneben soll eine landwirtschaftliche Zentralkasse geschaffen werden, die in engem Zusammenarbeiten mit der Deutschen Verbrauchergesellschaft die Einfuhr ausländischer Getreidesorten regeln hat. Das ist freilich noch kein Reichsmonopol, kann aber der Vorläufer dazu werden. (Erinnert sei an dieser Stelle an die Ausführungen von Wapflath über den Reichsfolienrat in seiner Schrift „Wirtschaftsberatung“).

In diesem Punkte sind also noch scharfe Gegensätze zwischen der Auffassung der Sozialdemokratie und der der Landwirtschaft vorhanden. Daß es sich dabei um die Grundfragen handelt, soll nicht verkannt werden. Dagegen

läßt sich in einigen anderen Punkten weitgehende Übereinstimmung feststellen. Es zeigt es an einer Stelle des landwirtschaftlichen Programms: „Förderung landwirtschaftlicher Organisationen, in denen die Belieferungs- und Verarbeitungsrichtungen zusammenzufassen sind zum Zweck der Rationalisierung und Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte.“ Dazu schreibt der Kommentator des Agrarprogramms der SPD: „Auch in der Frage der Qualitätsverbesserung und Standardisierung ist die Forderung noch wichtiger, fortgesetzt und eingehender notwendig zu werden. Die Interessen der Landwirtschaft und der fälschlichen Verbraucherschaft durchaus gleichgerichtet.“

Erfreulich und durchaus im Sinne des sozialdemokratischen Programms ist es, wenn die Epigenorganisationen folgende Forderung aufstellen: „In verhärteter Weise müssen öffentliche Mittel zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Schulwesens unter besonderer Berücksichtigung erleichtert werden.“ Für den landwirtschaftlichen Nachwuchs und den landwirtschaftlichen Betriebsleiter sowie zur Verwirklichung der beruflichen Beratungsämter bereitgestellt werden.“ Freilich geht das Programm der Partei noch weiter. Im Erkenntnis der Tatsache, daß ein rationaler Betrieb eine gut ausgebildete Arbeiterschaft verlangt, tritt die SPD ein für den Ausbau des landlichen Volkshochschulwesens, für obligatorische Fortbildungskurse für Frauen und Mädchen, Verbesserung der beruflichen Aufstellungen für das niedere landwirtschaftliche Schulwesen, allem will sie auch in der Landwirtschaft das „Bildungsprivileg“ brechen und fordert daher die Beteiligung aller wirtschaftlichen Interessenten, durch die die Kinder von Kleinbauern und Banarbeitern heute vom Besuche der Landwirtschaftsschulen ausgeschlossen sind. Es geht zu erwarten, daß mit der fortschreitenden Rationalisierung der Landwirtschaft die Erkenntnis vom Werte guter Schulbildung wächst, und daß dann auch in der Landwirtschaft die Vertreter der Landwirtschaft nachgeholt werden kann. Vorläufig freilich sind wir noch nicht ganz so weit.

Auch bezüglich der Siedlungspläne sind Berührungspunkte vorhanden. Das Programm der SPD verdient aber den Vorzug gegenüber dem der Landwirtschaft. Es ist weit eingehender gefaßt. Ob beispielsweise die in beiden Programmen vorhandene Forderung, die bestehenden vorläufigen Sachverständigen- und in ein endgültiges Sachverständigenamt umzuwandeln, und von beiden Seiten gleich ausgelegt wird, läßt sich schwer antworten, läßt sich wohl zu bemessen, wenigstens soweit der Vorschlag in Frage kommt.

Wie weit die Ansichten über eine Änderung der Steuerbeziehung sich befinden, kann auseinandergehen, läßt sich nicht ohne weiteres entscheiden. Dazu ist das Programm der Landwirtschaft zu unbefristet. Es begnügt sich damit festzustellen, daß für die Landwirtschaft „neue Belastungen mit öffentlichen Abgaben nicht mehr übernommen werden können.“ Es fordert Senkung der Neulasten, Vereinblichung der Einkommensteuerverhältnisse und Beteiligung der Einkommensteuer in der gesamten bäuerlichen Betriebe. Daß alle und vor allem die führenden Kreise des Reichslandbundes gerade hinter der letzten Forderung stehen,

Der Vorstoß der Sozialreaktion Billig verteidigt die Sozialen Erzengnisse

Gegen Abbau der Arbeitslosen-Versicherung, Einfluss der übrigen Sozialversicherung, und gegen Aushebung des Schlichtungswesens

Berlin, 26. April. (Eig. Bericht.) Willhand der übrigen Sozialversicherung, gegen die Aushebung des Schlichtungswesens und gegen die Anerkennung der gewählten Gewerkschaften.

Schon nach Briefen, welche Besorgnisse im Reichsarbeitsministerium, der letzte Reichstags- abgeordnete Dr. Braun vom Zentrum. Er begann mit der Versicherung, daß der Reichsarbeitsminister Billig ausrichtiges Verhalten beobachtet. Brauns verteidigte die Arbeitslosenversicherung und das Schlichtungswesen. Bekanntlich besteht Gefahr, die unter seiner Mitwirkung geschaffen werden. Sehr unzufrieden ist er dagegen mit dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Sachen der Arbeitslosenversicherung. Brauns meinte, man habe es sich nicht leisten zu dürfen, diesen Beschluß zu prüfen. Er stellt nun gegenüber der Reichstagsfraktion in Aussicht, im Sinne einer verstärkten Freundschaft mit der Arbeitslosenversicherung.

Der sozialdemokratische Abg. Kaufhäuser beklagte den Reichsarbeitsminister Billig und den Reichstagsfraktion der Sozialen. Der Minister als Reichstagsabgeordneter sei durch die Reichstagsfraktion der Sozialen in letzterem Umfange, nachher erzwungen, daß die soziale Belastung nicht 30 Prozent, wie der Reichstagsfraktion beantragt habe, sondern nur 12 Prozent betrage. Das ist eine Grenze, die der Reichstagsfraktion nicht überlassen, die Reichstagsfraktion nicht überlassen, die Reichstagsfraktion nicht überlassen.

Reichsarbeitsminister Billig

Billig verteidigte die Sozialen. Er meinte, das soziale Schlichtungswesen werde man auf dem Reichstag überarbeiten. Er meinte, das soziale Schlichtungswesen werde man auf dem Reichstag überarbeiten. Er meinte, das soziale Schlichtungswesen werde man auf dem Reichstag überarbeiten.

Anveröffentlichter Brief Eleonore Dufes.

Am 21. April sind fünf Jahre her, daß die kleine Frau Eleonore Dufes in ihrer Heimatstadt nach Nordamerika zu Pittsburgh in Pennsylvania, aus dessen Geist kein Wunder wiederkehrt. Aber wenn sie auch als geborene Italienerin — sie erblickte am 3. Oktober 1859 in Vigevano das Licht der Welt — bereit der Heimat gehört, sie war nicht nur Italiens liebende Sonne. Sie war immer die Selbst. Sie überließ sich niemals. Ihre eigenen Ziele reichte zu allem aus. Sie war in der unermüdlichen Lage, jedes Leben zu leben, nicht wie viele große Schauliester, die nach Anpassung nur nachzulieben. Es war an ihr alle zu empfangen, das sie trotz der fremden Sprache, in der sie lebte, alles verstanden. Es schien ihr, als wäre die Sprache Dantes diejenige aller Menschen. Ihre Will, ihre Gedärden, ihre zehrende Leidenschaft, ihre zuckende Blicke, die Seele ihres Geistes, das Entschlossene ihres Innern überwandten in ihr die Dürfnisse des fremden Bodens.

Ich in der Privatfammlung des Verlagsbuchhändlers Sandberg und mich hier in der Verlesung des Studentenrates Otto Vogt zum ersten Male veröffentlicht.

„Mein liebes Fräulein Hansjant!
Ich bin so betrübt über all die Schwierigkeiten, die die Aufführung der „Eleonora“ verhindert haben, daß ich mich gedungen fühle, Ihnen diese Randbemerkungen aus dem Theater meines Vaterlandes zu übersenden, besser als ich es mündlich hätte tun können.“

Scheiden tut in der Filmmwelt nicht weh.

Wie schon früher gemeldet, hat Pola Neggi die Scheidungsbilanz gegen ihren zweiten Gatten, den russischen Prinzen Wladimir, eingeleitet, weil dieser unter grüblerischer Wahrung ihres formellen Rechts eine kleine Pension für sich und ihren zwei Kinder angetragen hatte. Die Scheidung befindet sich einmal die Hälfte beobachtete Zusage der Auslieferung der Ehen in der Filmmwelt, über denen ein eigener Unterraum zu walten scheint. Für die Zusage steht die nachdenkliche Auffassung einem auch immer beneidet. Gerlie Schmitz will sich scheiden und zwar von dem Filmschauspieler Wilfried Harris und Rita Weich. Ihr junges Mädchen zu haben. Mary Pickford: erste Gattin des Filmschauspielers Owen Moore und heutige

Kraftausbrüche.

Im Park-Prater glanzte Staatsminister Kahlert und sein Gattin. Er trug eine sehr prächtige Kostüm, als er einen „Brennberg“ über den ihm „Belagert“ Generalstabschef.

Wochenpielplan des Halleischen Stadttheaters.

Die „Halleische“ der „Gartenstadt“, Sonntag 19 Uhr, die „Halleische“ der „Gartenstadt“, Sonntag 19 Uhr, die „Halleische“ der „Gartenstadt“, Sonntag 19 Uhr.

Mißglückter Rechtfertigungsversuch Die Reichsbahn bestreitet Hungerlöhne

Die Eisenbahnarbeiter sind unzufriedene Geschöpfe. Sie fordern Lohnsteigerung, obwohl es ihnen eigentlich gar nicht schlecht geht. Die Reichsbahnverwaltung hat das schon in einer Depesche mit der bayerischen Presse — die Arbeiterpresse kommt für sie natürlich nicht in Frage — laut und deutlich bestritten. Die Erklärung, die Verwaltung der Reichsbahn hat, ist, daß es bei der Reichsbahn noch den niedrigsten Wochenslohn von 20 bis 25 M. gibt, ist irreführend. Der Wochenslohn von 25 M. stelle nur die unterste Stange dar; dazu kämen aber weitere Faktoren der Lohnbildung wie Frauen- und Kinderzuschläge, die die Eisenbahnarbeiter nicht zahlen, Alterszuschläge für die Beschäftigten der Auslieferungswirtschaft, der Bahnhüterhaltung und Güterabgabe, Pflanz- und Rasenarbeiten und Uebungslohnberechnung. Die unterste Stange im südlichen Deutschland betrage also praktisch 30 M. und der durchschnittliche Wochenslohn 45 M. Schließlich kämen dann noch an unrichtigen Stellen hinzu: ein Drittel der Gehalt für die Hauptverpflichtung, Wohnungszuschläge, Urlaubsgeld, Untersuchungslohn, Arbeitslohn, bessere Urlaub als bei den Arbeitern der Privatindustrie, eine gewisse Sicherheit in der Beschäftigung usw.

Die Gewerkschaften würden es begrüßen, wenn die Behauptung der Verwaltung, der Mindestlohn betrage pro Woche 30 M., wahr wäre. Reibter wird trotz aller Rechtfertigungsversuche der Verwaltung des Einkommens vieler Eisenbahner nicht größer.

500 Mark bei 20 bis 24 M. Nettolohn.

Wie ist der Lohn? Im Jahre 1928 waren bei der Reichsbahn rund 391 000 Arbeiter beschäftigt. Davon arbeiteten 20 Prozent im Wirtschaftsbereich und 80 Prozent bei den Eisenbahnen. Die Gruppe V, VI und VII, also rund 81 500 Arbeiter. Für die Gruppe V wurden in der Kristallnacht A 37 M., B 36 M., C 55 M. und E 68 M. gezahlt, für die Gruppe VI lautete die entsprechende Skala 55, 54, 52 und 51 M., für die Gruppe VII: 54, 53, 52, 51 und 50 M. In diesen Grundlohnen sind noch ein Soziallohn von 1,68 M. pro Woche. Im Durchschnitt zahlte die Verwaltung ihren Arbeitern nicht nur volle Soziallöhne, also für eine Frau und ein Kind. Für nur eine ganz geringe Zahl dieser Arbeitergruppen kommen einige Prozent Urlaubsgeld hinzu. Hinzu kommt die nach den genannten Größen entrichtet werden, erhalten z. B. bei höherem und ganz höherem Dienst Lohnzuschläge von 20, 40 und 60 Pf. auf die Güterbahnarbeiter, die ebenfalls im Gehaltsbereich sind und ebenfalls unter diese Lohngruppen fallen, erhalten die übrigen Löhne zu 90 bis 100 Prozent im Gehaltsbereich. Die Löhne also keine Höchstzahl, durch Altersarbeit für Einkommen zu erhöhen.

In den Kristallnacht, C und E sind aber 2,3 Prozent der Arbeiter eingeschäft. Die Wirtschaftsbereich pro Woche 51, 55 und 54 M. In den wirtschaftlichen Gruppen von diesen Lohngruppen betragen von 4 bis 5,50 M. pro Woche in Wegfall, wobei zu beachten ist, daß 16 Prozent der Arbeiter überhaupt keinen Sozialzuschlag erhalten. Doch diesen Zahlen kann sich jeder leicht selbst auf die Bewohnungen der Reichsbahnverwaltung einen Reiz machen.

Und wie sieht man mit dem „unrichtigen“ Lohn? Trotz der Behauptung von zwei Dritteln der Reichsbahnverwaltung noch längst nicht den Anteil am Verdienstsbeitrag, den sie infolge ihrer Aufstellungsmethoden und angesichts des überhöhten Familienbestandes von Weib und Kind zu zahlen verpflichtet wäre. Die Verwaltung renonmiert mit der Wohnungszuschläge. Dabei ist ein Mindestlohn von 56 M. pro Monat für eine Zweizimmerwohnung für die Eisenbahnarbeiter durchaus keine Kleinigkeit. Diese Arbeiter, die in beliebigen Wohnorten wohnen, müssen sie trotz aller Tag und Nacht der Reichsbahn zur Verfügung halten. Sie stehen förmlich unter Kontrolle und müssen weisend, wenn sie abends weggehen wollen, beim Dienststellenleiter einen Urlaub bitten. Sie sind also praktisch fast isoliert. Die Verwaltung hält den in allen arbeitsfähigen Eisenbahner die Weltforderverdienste im Zusammenhang mit

der verhassten Abweisung des von den Gewerkschaften geforderten Primatalkommens vor. Dabei wird ein Drittel, vor allem die Arbeiterkraft der Werkstätten, im Gehaltsbereich und die Hauptverpflichtung weit genug, daß bei der Abweisung das höchste Ausbeutungssystem in Betracht. Einmal bemühen sich mit 1400 und noch mehr Mark pro Monat Soziallöhne der Eisenbahner, die Ueberbereitschaften verdienen.

Die Verwaltung kommt dann mit dem Frei-

Ein Kampf ums nackte Leben

Auch in Falkenberg entscheiden sich die Eisenbahner für den Streik

Gestern abend hatten die Eisenbahner in Falkenberg, diesem wichtigen Knotenpunkt im mitteldeutschen Eisenbahnnetz, Gelegenheit, in einer vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands einberufenen Protestversammlung ihre Entschlossenheit zu erklären für den Kampf um die Erhaltung ihrer Lebensgrundlage. Der Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlage ist aber gegen den Streik. Der Streik, der am 24. April in Falkenberg, dem einzigen Eisenbahnerort, der einen eingehenden Bericht über die Entwicklung und den Stand der Lohnbewegung. Der Verband der Eisenbahner ist noch nie so groß gewesen wie jetzt. Wenn uns die Verwaltung zum Kampf bringt, so ist dieser Kampf, namentlich für die Eisenbahner in Falkenberg, ein Kampf um das nackte Leben. Die Löhne von 24 bis 29 M. in der Woche bei uns zu 14-tägiger Dienstzeit kann kein Mensch bestehen. Solche Löhne bedeuten Untertun und Knechtung. Wer nicht untergeht, sondern leben will, muß mit uns den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlage führen. So schloß der Redner seine Ausführungen.

In der Diskussion wurde das Wort nicht gehandelt. Jedoch wurde nachdrücklich Entschlossenheit einstimmig angenommen:

„Die Löhne in Falkenberg im Wirtschaftsbereich verarmten 350 Eisenbahner des Falkenberger Organisationsbezirks des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands vertreten nach dem entgegenkommenden Bericht des Bezirksleiters Kollegen Müller den Standpunkt, daß sie sich geschlossen hinter den Vorstand und dessen bisher getroffenen Maßnahmen zur Regelung der Lohnfrage stellen. Aus der bisherigen Fassung des Vorstandes geht es klar und deutlich hervor, daß der Vorstand geneigt war, das deutsche Wirtschaftsbereich vor einem Eisenbahnerstreik zu warnen. Sein beständiger Wunsch kann jedoch den Eisenbahner nicht zurechnen, sondern nur die Eisenbahner, welche zusammen, wobei wir hier mit den jetzt bestehenden Löhnen unterkommen, die nach allen Umständen in der Woche für einen 24-Jahre alten Bahnunterhaltungsarbeiter in Kristallnacht A Wirtschaftsbereich I 27 M., für einen 24-Jahre alten Bahnunterhaltungsarbeiter in Kristallnacht C Wirtschaftsbereich I 26 M. und für einen solchen Handwerker ebenfalls in Kristallnacht C Wirtschaftsbereich I 27 M. betragen.“

Die Debatte endete einmütig, daß sie rechtlos erkannt haben, daß sie mit diesen Löhnen direkt zum Untergang verurteilt sind, es sei denn, daß sie versuchen, einen Rebenstamm zu erhalten oder ihre Lebensgrundlage auf der reichhaltigsten Naturverbilder einzustellen. Die Reichsbahnverwaltung im Bereich der Wirtschaftsbereich Falkenberg, wozu die Industrielle Liebenwerda, Elsterwerda, Lützen, Döbeln, Torgau, Herzberg, Hirschfeld und Hainichen gehören, haben sich so entschieden, daß die hier zu beschließende Beschlüsse über die Preisverhältnisse der Wirtschaftsbereich Falkenberg die jetzt neugebaute Wasserleitung in Falkenberg ist wiederum eine neue Belastung für die Eisenbahnerverwaltung in Höhe von 1,50 bis 1,15 M. im Monat. Dazu kommt noch die zu erwartende Belastung für Konsumationsgebühren. Eine Lohnsteigerung von 6 Pf. würde kaum die Mehrbelastung für Wasser- und Kanalgebühren decken. Aus dem Grunde fordern die verarmten Eisenbahner den Vorstand auf, nichts unversucht zu lassen, den Bereich der Wirtschaftsbereich Falkenberg in ein

schickeln. Für ihn kann sich der Arbeiter nicht beting laufen. Er kann ihn nur ausnutzen, wenn er auch Geld hat. Was schließlich von dem Verbleib der Eisenbahner zu halten ist, noch lieber, der sich an den spärlichen Personalabbau erinnert, der in den letzten Jahren wiederholt im Reichsbahnbereich vorgenommen worden ist.

Ueber die Drohung der Verwaltung mit Tarifabschlag ist kein Wort weiter zu berichten. Nicht bei jeder Lohnveränderung und Lohnbewegung kam die Verwaltung mit diesem Schreckmittel. Ungehört ist ihr unter der Nase gerieben worden, daß sie leicht so ein Geld hätte, wenn sie einmal, statt Konsumationsgebühren zu zahlen, die Löhne vermindern wollte. Das Schreckmittel mit Tarifabschlag ist rechtlich bedenklich.

hohes Wirtschaftsbereich eingeleitern. Zur gegebenen Zeit muß der Vorstand also beschließen, die Kristallnacht einer Lösung entgegenzuführen, die zur Folge hat, daß die Kristallnacht D und E befristet und die genannten Industriebetriebe entsprechend der Löhnerhöhung zu erhöhen, denn muß der Vorstand auf einen Streik eingehen. Das ist eine betriebliche Lösung möglich. Die verarmten Eisenbahner geloben, daß sie alle Maßnahmen des Vorstandes fruchtlos befolgen werden. Sollte die Reichsbahnverwaltung nicht bereit sein, auf dem Verhandlungswege die jetzt beschließenden Löhne zu erhöhen, dann muß der Vorstand auf einen Streik eingehen. Auch im Kampf werden die Eisenbahner im Bereich der Wirtschaftsbereich Falkenberg ihren Mann stehen.“

Die Chertien warnen als/ahals.

Die Funktionärskonferenz der christlichen Gewerkschaften vertritt die gleichen Forderungen wie die freie Gewerkschaft.

Die Funktionärskonferenz der christlichen Gewerkschaften vertritt die gleichen Forderungen wie die freie Gewerkschaft.

Die Funktionärskonferenz der christlichen Gewerkschaften vertritt die gleichen Forderungen wie die freie Gewerkschaft.

Neuer Schiedspruch für die sächsische Metallindustrie.

Für die sächsische Metallindustrie ist in einem neuen Schiedsverfahren ein Schiedspruch gefällt worden, der folgende Regelung vorsieht: Der Einheitslohn der Fabrikarbeiter beträgt 30 Jahre wird von 81 auf 86 Pf. erhöht und fällt sich für die übrigen Gruppen und Kristallnacht nach dem bestehenden Prozentverhältnis. Die gesamten, aber 20 Jahre alten Fabrikarbeiter erhalten zu ihren Verdiensten eine Ausbeutungszulage von 2 bis 5 Pf. Auch hier erfolgt für die übrigen Gruppen und Altersklassen der Eisenbahner nach den vorangehenden Prozentsätzen die Anrechnung der Ausbeutungszulage. Der Durchschnittsverdienst eines normalleistungsfähigen Arbeiters muß innerhalb einer Lohnperiode Grundlohn plus 15 Prozent betragen. Ist das nicht der Fall, dann müssen die Abfahre entsprechend geändert werden. Die Grundlohnzulage beträgt für alle Arbeiter Grundlohn plus 10 Prozent; dazu kommt noch eine geschaffte Zulage von 5 Pf. in der Spitze. Diese

Bestimmung gilt im Bereich des Arbeitgeberverbandes nur für die Arbeiter. Der Schiedspruch soll ab 1. April 1929 bis zum 30. Juni 1930 gelten. Die Erlösungsfrist läuft bis zum 30. April.

Sozialpolitische Beobachter.

Der Kampf um die Sozialpolitik macht eine möglichst gründliche Beobachtung der sozialpolitischen Entwicklung im In- und Auslande unerlässlich. Der ständige Hinweis der Sozialisten, daß andere Länder nicht entfernt soviel soziale Lasten zu tragen hätten wie Deutschland, erfordert ganz besonders sorgfältige und einwandfreie Informationen über die sozialpolitischen Verhältnisse des Auslandes. Wiederholt hat auch der Reichstag den Ausländer Informationsarbeiten gefördert, und in den Ausschüssen der Reichstag sind die Einrichtungen sogenannter sozialpolitischer Beobachterposten bereits eingehend erörtert worden. Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr diesen Wünschen entgegen, geeignete Beamte zu bestimmen Auslandsbereisungen abgeordnet, die dort die Überblicke für die Reichsregierung des Sozialpolitik, über allgemeine soziale Entwicklung und dergleichen zu schaffen haben. Die Auswahl der Beamten erfolgt durch das Reichsarbeitsministerium im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt. Sie werden vom Reichsarbeitsministerium beurlaubt und vom Auswärtigen Amt den betreffenden Auslandsbereisungen zugeteilt. Die Mittel für diese Einrichtungen sind im Haushalt des Auswärtigen Amtes bewilligt.

Genetwärtig befinden sich sozialpolitische Beobachter bei der Reichsregierung in Washington und bei den Gesandtschaften in Brüssel und Stockholm. Im Jahre 1927 waren je ein Beamter des Reichsarbeitsministeriums zu den Reichsregierungen in London und Paris entsandt worden.

Die sozialpolitischen Beobachter haben zwei Aufgaben: einmal die sozialpolitische Vorbereitung einer kausalen Reichsregierung bei der Ausarbeitung der Sozialpolitik und zweitens nach ihrer Rückkehr Zusammenarbeiten mit der von ihnen geschaffenen Informationsstelle bei der Reichsregierung oder einer Sonderkommission des Reichsarbeitsministeriums aus. So verfährt z. B. der nach London entsandte Beamte des Reichsarbeitsministeriums nach Deutschland aus vorläufiger enge Sozialpolitik. Die Beobachterposten werden daher einmal zu regelrechten Sozialistenstellen ausgebaut werden müssen. Im Ansehung vertritt die künftige Finanzlage die Schaffung solcher Stellen, was sehr zu beklagen ist.

Erhöhung der Gemeindeförderlöhne. Zwischen den Kommunalarbeitern des preussischen Provinzialverbandes und dem Zentralverband der Arbeitervereine ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach die Löhne für das Geschäftsjahr 1929/30 um 7 Prozent pro Stunde erhöht werden. Die Erhöhung erfolgt in zwei Raten: 3 Prozent am 1. April und weitere 4 Prozent am 1. Oktober d. J. Für das Geschäftsjahr 1930/31 steht eine ähnliche Vereinbarung vor dem Abschluss.

Vermischtes.

Die eingeschlagene Diät. In einer Villa in Berlin-Grünow soll sich ein Einbrecher ein. Er mußte jedoch weisfellen, daß sämtliche Bewohner noch schliefen. Daher legte er sich im Schlafzimmer unter ein Bett und schloß es ein. Der Diebstahl wurde das Entdecken seines Schlafes, was ihn hervor und überzog ihn der Polizei.

Eine Rauchtischplatte. In Hildesheim wurde durch die Kriminalpolizei in einer Kellerwohnung eine Rauchtischplatte entdeckt. Man fand dort ein fünfziges Kammern und Oben von Weibchen während der Nachtzeit beobachtet. Zwei Personen, vier Frauen und zwei Kleinkinder, wurden verhaftet. Gegen sie konnte der Diebstahl in der Region eines Rauchtischplatten festgestellt werden. Man fand bei ihnen beträchtliche Mengen von Deterin und Kofain.

Wertkarte
für 20 Wertmarken Haus Bergmann
PRIVAT GILDEHOF

Haus Bergmann-Zigarettenfabrik A-G-Dresden

Die Überraschung
Jeder Zigarettenhändler löst die hier abgebildete Wertkarte mit 20 Wertmarken gegen eine 25-Stück-Packung „Bergmann-Privat“ 6 & oder „Gildehof“ 5 & ein. Original-Wertmarken u. Wert-Karten in allen 25-Stück-Packungen „Bergmann-Privat“ u. „Gildehof“.

FÜR 20 WERTMARKEN
25 BERGMANN GILDEHOF

FÜR 20 WERTMARKEN
25 BERGMANN PRIVAT



Britische



Frauenoffensive in Japan. Die überwundene Keuschheit.

Die Offensive des schwachen Geschlechts um die Gleichberechtigung geht im Lande der Samurais und der Geisha's mit der Unerbittlichkeit eines Naturgesetzes vor sich. Vor 35 Jahren gab es in Japan keine einzige Keigin, keine Beamtin und überhaupt keine einzige berufstätige Frau. Im Jahre 1910 wurde das Kaiserin eine Schachspielerin auf der laiterlichen Bühne noch ein Ding der Unmöglichkeit gehalten. Die Stellung der Frau war durch das Buch „Onna Daigaku“, welches als Bibel der japanischen Frau galt, bestimmt. Dieses Buch gehalten der Frau nur den Beruf eines Lernschülerin (Geisha) und einer Hausangestellten. Die Frau muß sich dem „Geist der bescheidenen Unterordnung“ fügen. Vor der Ehe die Unterordnung unter den Vater, während der Ehe der blinde Gehorsam dem Manne und dem Schwiegereltern gegenüber und im Wittum die Unterordnung unter den ältesten Sohn. Vor dreißig Jahren gründete Frau Yoshika in Tokio ein Frauenhaus und eine Stiftung für die Erziehung einer medizinischen Fakultät. Sie sprach die damals als eine unerhörte Annahme aufgefaßte Forderung aus daß sich auch Frauen als Keiginen ausbilden lassen würden. Heute beträgt die Zahl der diplomierten Keiginen 1900. Vor kurzem ließ sich die Tochter eines buddhistischen Priesters, die in strengster Tradition erzogen worden war, als Keigin ausbilden. Auch während des Krieges hat Japan keine einzige Keigin; heute zählt Japan über 500 Keiginen.

Erst vor kurzem gelang es der japanischen Frau, auf die Bühne vorzudringen. Im Mittelalter allerdings durften sich Frauen der Bühnenkünstler widmen, was dann durch ein Gesetz aus dem Jahre 1629 freigegeben wurde. Als Jung vor dem Krieg in Tokio eine Theatertruppe für Frauen gegründet wurde, in der sich als eine der ersten die Tochter eines Samurais Arimono Mori ausbilden ließ, wurde das junge Mädchen von ihrer Familie für tot erklärt. Der Vater der jungen Schachspielerin ließ einen feierlichen Gottesdienst um den Andenken seiner „verstorbenen“ Tochter — die zugleich mit großem Erfolg auftrat! — abhalten. Die Offensive der berufstätigen Frau hat das in japanischer Exaltation geschaffene Meer der Geisha's nach nicht zu bestreiten vermocht. Die Zahl der Geisha's beläuft sich jetzt auf 165 000. Viele Geisha's spielen allerdings heute nicht nur ihre uralten Instrumente, sondern studieren in Musikschulen Violone und Klavierpiel. Sehr stark ist auch das Meer der weiblichen Beamtinnen. Im Hofministerium sind die Frauen sogar in Ueberzahl; sowohl Publikum wie Behörden sind mit den pflichtbewußten und liebeswürdigen Beamtinnen durchaus zufrieden. Eine Frau ist in Japan Sozialinspektor, eine andere Sekretärin eines Magistrats, Frauen als Detektivinnen, als Buchhalterinnen, Dolmetscherinnen sind beinahe alltägliche Erscheinungen geworden. Die Sitten der berufstätigen Frauen hat sich vor kurzem noch durch mehrere Schiffskapitäne vermerkt. Eine Dame aus der höchsten japanischen Aristokratie, Frau Teruko Shioya, steht an der Spitze eines Stellenvermittlungsbüros, während andere Angehörige uralter Geschlechter Modegeschäfte und Restaurants betreiben. Die Offensive nähert sich also, wie man sieht, ihrem stetigen Ende.

Einen Dauerflug-Weltrekord



für weibliche Flieger stellte die 17jährige Amerikanerin Ethel Smith mit 26 Stunden 22 Minuten auf

Nationalisierung des Arbeiterhaushalts

Arbeitschutz der Hausfrauen - Verbesserung der Wohnungen

Die Frauen dürfen gewiß stolz darauf sein, in welcher kurzen Zeitperiode große Fortschritte auf dem Gebiete der Nationalisierung des Haushaltes gemacht worden sind. Stellen wir jedoch die Frage, in welchem Maße die Segnungen der Hausnationalisierung den breiten Massen zugute kommen, eine Frage, deren Beantwortung doch allein für die Bedeutung aller auf diesem Gebiete getroffenen Neuerungen ausschlaggebend ist, dann wird dieser Stolz ganz wesentlich gedämpft. Die Schicht jener Bevölkerungstriebe, die die neuen Erfindungen bisher eingebracht sind, ist noch außerordentlich klein, und viel zu wenig Frauen haben überhaupt den Willen, diese Erkenntnisse in ihrem eigenen Haushalt in die Praxis umzusetzen. Noch bedeutsamer wird das Ergebnis, wenn wir einmal überlegen, wieviele Familien überhaupt in wirtschaftlicher Hinsicht in der Lage sind, alle jene arbeitshilfsbedürftigen und Hausarbeit ersetzenden Maschinen und Werkzeuge anzuschaffen, die für die große Mehrheit unseres Volkes einfach unerschwinglich sind. Diesen bedrückenden Gedanken mußte man auch im vorigen Jahre auf der Ausstellung „Heim und Leben“ in München gewinnen. Immer wieder mußte man sich beim Ansehen aller der gewiß einleuchtenden Neuerungen und praktischen Dinge fragen: Wie sollen Menschen, die ein Durchschnittseinkommen haben, die hohen Preise bezahnen können, die vielfach an sich nicht zu hoch sind, solange eben diese Gegenstände wegen der seltenen Nachfrage nur in geringer Anzahl hergestellt werden?

Dr. Erna Reher, die in ihrem Buche „Der neue Haushalt“ den Frauen ein Paradies vorgezeichnet hat, stellt ebenfalls in der „Sozialen Praxis“ die dringliche Frage, wie alle Frauen in dieses Paradies gelangen können. Sie kommt dabei zu einem eigenartigen Ergebnis. Neben der Schaffung menschenwürdiger Wohnungen verlangt sie vor allem, daß die Arbeitstätigkeit der Frau mit allen modernen arbeitshilfsfähigen Einrichtungen versehen werde. Das ist um so wichtiger, als diese Forderung nicht nur für die breite Schicht, sondern für die meisten Frauen der besseren Schichten, in denen die Frau viele Erleichterungen wegen ihrer Ueberlastung besonders nötig hat. Ergänzend verlangt Dr. Erna Reher, die Frau entlastende Gemeinshaftseinrichtungen, wie Krippen, Kindergärten, Wälder, gute Volksschulen, zentrale Waschanlagen usw. innerhalb ihrer Erziehung. Das sind Forderungen, die von vernünftigen Sozialpolitikern nicht einmündig und oft genug unterfächelt werden können.

Darüber hinaus verlangt Dr. Erna Reher einen Arbeitschutz der Hausfrau, ihre Vertretung durch Sozialfürsorgern in dem Sinne einer nationalen Gestaltung der Arbeitsmethoden. Aber — so fährt die Verfasserin aus — die Fürsorgerebene verlagert sich nicht über ausreichende Kenntnisse auf diesen Gebieten. So begründet das ist, so liegt es eine dringliche Aufforderung, daß noch mehr Gelegenheit im Innern der Hausnationalisierung einen spezialisierten Einfluß auszuüben, wie gerade die Sozialfürsorgern. Allerdings steht sie hier vor einer besonders schwierigen Aufgabe, denn der Haushalt ist in allen Schichten das allerpersönlichste, durch Jahrzehnte der Gewohnheit allen Beeinflussungen unzugängliche Gebiet. Viel eher mag die Frau den Wandel bei den Säuglingen nach der Anweisung der Fürsorgern richtig, als daß sie sich einschließt, auf ihren Rat hin beim Geschirrwaschen zu sitzen — und hier kommt die Finanz

frage als nächste Frage noch erschwerend hinzu. Daher kann hauswirtschaftliche Beratung nur dann Sinn haben, wenn die Erfüllung der ersten Forderung — Verbesserung der Wohnungen — Hand in Hand mit ihr geht. Auch dann ist es nicht nur notwendig, den für jede sozialfürsorgliche Tätigkeit erforderlichen Zeit ist in Bezug zu entwickeln, sondern es ist auch ein erhebliches Maß gründlicher Oberkenntnis notwendig. Es wäre, so meint Dr. Erna Reher, daher auch meines Erachtens zweifellos ein Kaug zu lassen: sowohl die Ausbildung von besserer Hauswirtschaftslehre zu gewinnen als auch die Ergänzung der Ausbildung aller sonstigen Fürsorgern durch ein gewisses unentbehrliches Maß an hauswirtschaftlichen Kenntnissen.

Man kann wohl sagen, daß ein solcher Vorschlag den ganzen Fragenkomplex auf ein solches Geleise schiebt. Denn er verlangt, wie es in einer angelegentlichem Entgegnung auf den Artikel von Dr. Erna Reher in der „Sozialen Praxis“ heißt, „von der sozialen Fürsorge die Lösung von Schwierigkeiten allgemeiner Art, die zum Aufgabengebiet der sozialen Fürsorge nicht gehören können“. Selbstverständlich muß eine tüchtige Familienfürsorgern bei all ihren Schülungen ein Augenmerk darauf haben, daß die Hausfrauen ihren Haushalt möglichst rationell gestalten, und wird auf alle Möglichkeiten hinweisen, bei denen die Hausfrau ohne Selbstaufgaben und nur durch gezielte Arbeitsteilung von Mühe und Kraft freigesetzt kann. Aber die soziale Fürsorge muß bei dieser Aufwandsarbeit immer im Kreise ihrer Schützlinge bleiben, wie ja auch die hauswirtschaftliche Ausbildung nicht in den Rahmen eines Lehrplanes eines sozialen Frauenseminars gehört.

Es müssen hier also ganz andere Lösungen angedeutet werden. Dr. Gertrud Bäumer hat in einem Vortrage darauf hingewiesen, daß 90 Prozent der heute bestehenden Wohnungen noch aus der Vorkriegszeit stammen, daß es demnach zunächst darauf ankommen muß, den Inhabern dieser Wohnungen zu zeigen, wie aus einer ungenutzten Wohnfläche alle Möglichkeiten zu rationeller Haushaltung herausgeholt werden können. Erst in zweiter Linie komme die heute noch größtenteils weniger ins Gewicht fallende, freilich für die Zukunft um so bedeutendere rationale Gestaltung der neuen Wohnungen in Betracht. Beide Aufgaben, so führte sie aus, würden der Wohnungspflege obliegen, die vor dem Kriege in großen Städten eingerichtet worden, aber im arbeitsreichen Leben wieder eingeschlossen sei. Diese Wohnungspflege müßte unter Mithilfe der Kommunen und der Hausfrauvereine neu geschaffen werden. Vor allem aber müssen die Fortbildungsschulen und die Organisationen, die der Volkshilfe dienen, sich mit größtem Eifer der Lösung dieser Probleme widmen. Hier und da geschieht das auch bereits. So hat beispielsweise der Rhein-Mainische Verband zur Volksbildung eine Wanderausstellung organisiert, in der vor allem gezeigt wird, wie eine Einrichtung im Sinne moderner Raumgestaltung umgestaltet werden kann. Andere Organisationen arbeiten ähnlich. Zugleich erwacht den gemeinnützigen Hausarbeitsteilnehmern die städtischen Elektrizitätswerke die Aufgabe, durch günstige Zahlungsbedingungen aus der minderbemittelten Bevölkerung die Anschaffung aller bewährten, Zeit und Kraft sparenden Haushaltsapparate zu ermöglichen. Nur auf diese Weise wird es gelingen, die übermüdeten und abgelebten Frauen der minderbemittelten Schichten zu gefunden, leistungsfähigen Mittelpunkten der Familie zu machen.

Fraulein Chauffeur. kann man sich weibliche n Autolenken anvertrauen?

In Deutschland gibt es zurzeit zwar noch verhältnismäßig wenige Frauen mit Führerschein und solche, die Autolenken führen, aber man kann bei der raschen Entwicklung des Autoverkehrs auch hier in absehbarer Zeit auf eine Steigerung rechnen. In Amerika ist dieses Problem heute schon von großer Bedeutung; man hat daher Untersuchungen über die Zuverlässigkeit der Berufsfrauenführerinnen beider Geschlechter angestellt. Bei den Erprobungen verurteilten die Männer mehr Unfälle als die Frauen, wie die Untersuchung im Staat Columbia ergab, wo 18 455 Frauen den Führerschein hatten. Auch in anderen Staaten sind man ähnliche Verhältnisse, doch haben diese Statistiken unter vielen Fehlerquellen zu leiden. Eine gründliche Untersuchung wurde bei einem großen Zug-Unternehmen einer Stadt des Ozeans vorgenommen, wobei darauf geachtet wurde, daß der Zug des Wagens, der mechanische Zustand, das Wetter und die Verkehrsverhältnisse für Männer

und Frauen die gleichen waren. Es wurden etwa 2000 Frauen und 150 Männer hinsichtlich geprüft. Die Frauen hatten im Laufe eines Jahres als wöchentlich auf 35 bis 40 Wagen Dienst getan. Man fand, daß die Frauen auf 1000 Meilen 0,767, die Männer 0,257 Unfälle hatten, die Frauen 5,088, die Männer 1,449 Unfälle auf 1000 Meilen. Die Unfälle betrafen die Frauen 3 bis 3,5 mal so viele Unfälle verurteilten als die Männer. Doch scheint es, als seien die Unfälle weiblicherer Fahrerinnen leichter gewesen. Wenn man nach Gründen sucht, um diese Tatsache zu erklären, so ergibt sich, daß die größten Unterschiede nicht in der Mangel an Training bei den Frauen betruhen. Sehr viele von ihnen, ungefähr 14 Prozent, nehmen unmittelbar nach Beendigung eines gründlichen Unterrichts ihre Tätigkeit auf, während die Männer, dies erst nach längerer Praxis und einer schwierigeren Prüfung zum Rangemachung sind. Die Männer beim Fahren wesentlich ruhiger und ruhiger als die Frauen. Vielfach beruhen aber die Unfälle auf nachlässigen oder ungenügender Aufmerksamkeit der Fahrerinnen, was durch längere oder kürzere

Amerikas Frauen — reicher als die Männer!

Eines der großen New Yorker Bankhäuser hatte in einer jüngst veröffentlichten statistischen Uebersicht, „Die finanzielle Ueberlegenheit des Volkvermögens“ die Vermögensfrage genügt, daß innerhalb der nächsten zwölf Jahre die Herrschaft über den größten Teil der Reichtümer der Vereinigten Staaten auf die Frauen übergegangen sein werde. Bereits heute verfügen die Frauen über 41 Prozent des beweglichen Vermögens des Landes, und ihr Einfluß auf die Finanzverwaltung sei noch ständig im Wachsen. Die im einzelnen nachgewiesen wird, haben bei fünf der einträglichsten amerikanischen Eisenbahnen und Industrieunternehmungen hinsichtlich des Aktienbesitzes die Frauen die Männer bereits zahlenmäßig überholt, und in dem Zusammenhang der großen Eisenbahnen entfallen 55 bis 60 Prozent der Aktien auf das schöne Geschlecht. Auch dieser Vorrat zeigt überaus eine fortschreitende Erhöhung. Die Kaufkraft über die Einkünfte der Einkommenssteuer besagen, betragen, daß 189 Frauen der Union Einkommen von 500 000 Dollar verdienen gegenüber 128 Männern, während 44 Frauen gegen 42 Männer ein solches von einer Million Dollar verdienen.

Frauen mit einer Million Dollar Vermögen sind nach diesen offiziellen Statistiken in den Vereinigten Staaten schon sehr zahlreich vertreten wie die Männer. Was die Erbschaften anbelangt, so sind Frauen an dem Vermögen nachfolgend von Männern mit 70 Prozent, an solchen von Frauen mit 64 Prozent beteiligt.

Familientausch im wilden Westen.

Den Menschen im „wilden Westen“ steht Freundschaft höher als alles. Das liegt ihnen noch aus der Zeit der Indianerkämpfe im Blut. Billie Knight und Lawrence Rilandson, zwei Farmer in Nord-Dakota, waren treue Freunde. Sie teilten alles was sie hatten: ein Pferd gegen eine Kuh, ein Schwein gegen einen Pflug. Auch die beiden Frauen liebten einander. Daß bei einem Zwischenfall den Kindern nur Freundschaft helfen konnte, war natürlich.

Um so größerer Erkenntnis erweckte die Tatsache, daß eines Tages die beiden Farmerfrauen gleichzeitig die Eheverhältnisse aufgaben und sich mit Verwandten und Untertanigen ihrer Männer begabten. Der Einbruch halber hatten beide Frauen denselben Anwalt. Bei der Verhandlung leistete man sich gegenseitig Gelübnisse, und beide Ehen wurden zur selben Stunde gelöst. Vom Gericht ging es zum Landesamt, dort wollte man die Ehen zur Wiederherstellung einholen. Frau Rilandson wollte Fern Knight, Frau Knight Herrn Rilandson zum Mann nehmen. Aber die Gesetze von Nord-Dakota nehmen wenig Rücksicht auf die Gegenstände von Farmerfrauen. Und wurde ihnen bedeutet, daß sie erst nach drei Monaten wiederkommen dürften. Die vier Frauen gingen enttäuscht nach Hause. Aber: Rilandson ist noch und hat andere Gesetze. Und so suchen sie zusammen trogeman nach Manitoba, der kanadischen Provinz, die an Nord-Dakota grenzt, wo sie sich nieder ließen. Rilandsons Kinder folgten ihrer Mutter in das Haus von Knight, Knight's Kinder kamen zu Rilandson; nur ein kleiner Knirch weigerte sich und blieb bei seinem Vater. „Der Junge wird nie ein guter Bauernmann werden“, sagte Knight, „er hat keinen Sinn für Landbesitz.“

Eine bemerkenswerte Umfrage hat der „Manchester Guardian“ anlässlich des Sinqueteris von mehreren Millionen Frauen als Abgeordnete bei den in einigen Ländern bevorstehenden englischen Parlamentswahlen erlassen. Er hat die zum ersten Male wählenden Frauen, über deren politische Meinung man kaum Anhaltspunkte hat, aufgeführt, ihm mitzuteilen, welche Fragen sie am meisten interessieren, und über welche Fragen sie anlässlich der bevorstehenden Wahlen Diskussionen für wünschenswert halten. — Das zu erwartende Resultat dürfte wohl mehr philologischen als politischen Wert haben.

„Frauen in Schwaben“. Unter diesem Titel wird noch im Laufe des April im „Eberbach-Verlag“ ein neues Werk von Anna Hoff erscheinen. Die Verfasserin, die im vorigen Jahre mit ihrem Buche „Frauen der deutschen Revolution von 1848“ einen schönen Erfolg erzielte, schildert in dem neuen Werke die ungenügend bekannten, jedoch bedeutenden Frauen, die aus dem schwebischen Volkstum entsprossen sind oder wenigstens in Schwaben gewohnt und ihre Heimat gefunden haben. Das kleine Werk beschreibt ein edles Frauen- und Volksleben zu werden.

Der Hund heult, wenn er nicht bellen darf, und der Mensch schreit, wenn er nicht bellen darf — und nicht bellen, wenn sie gelassen werden. S. Börsen.

